

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Vellagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 21. Mai 1931

Nummer 93

Neue Hungerdemonstrationen!

Arbeitslosen-Sturm in Berlin und im Ruhrgebiet

Angesichts der bevorstehenden 2. Notverordnung Brüning's steigt die Erregung der Erwerbslosen. Gestern nachmittag fanden an verschiedenen Stellen Berlins Hungerdemonstrationen besonders im Wedding und Neukölln statt. Der SPD-Polizeipräsident hatte wieder einmal die Stadt unter Belagerungszustand versetzt; der Gewerkschaftslager Arbeiterlose wurden verhaftet. In den Bezirksversammlungen lehnten Bürgerliche und SPD die nur von den Kommunisten vertretenen Erwerbslosenforderungen ab. Auf dem Wedding verließ die KPD unter Protest das Rathaus.

In Wehlisen (Ruhrgebiet) demonstrierten die Erwerbslosen trotz Ansehenszustandes nach dem Rathaus. Angesichts ihrer Entschlossenheit, zog die Polizei unverrichteter Dinge ab. Unser Massensturm mußte der Bürgermeister eine Reihe von Erwerbslosenforderungen anerkennen. Die Erwerbslosen erklärten: „Wenn das nicht durchgeführt wird, wirds hei er.“ Auch eine Frauenversammlung des gleichen Tages zeigte hürnischen Kampfscharakter.

Erwerbslosen-Not und SPD-Parteitag

Von Hans Schröder KdA.

Unter den Anträgen, die in den Ortsgruppen der SPD an den Parteitag gestellt wurden, befindet sich eine große Zahl von sozialpolitischen Anträgen, von denen wiederum einige sich mit der Frage der Unterstützung der Arbeitslosen, der Arbeitsbeschaffung und dem Kampf gegen die weiteren Verschlechterungsmaßnahmen beschäftigen. Zur Tagesordnung des SPD-Parteitages stellt ein Antrag vor, der lautet:

„Der Erwerbslosenprobleme soll als besonderes Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden, und wenn angängig, soll auch ein schlussfertiger erwerbsloser Gesetzentwurf zum Wort kommen.“

Schon dieser Antrag zeigt, daß in den Kreisen der erwerbslosen SPD-Arbeiter der Wille vorhanden ist, dieses Problem energisch zu diskutieren. Aber auch konkrete Forderungen über die beschwährende Politik der SPD zur Frage der Erwerbslosenversicherung liegen vor. So verlangt Berlin ein schrittweises Hilfsmittel, um der Verelendung der breiten Massen des Volkes entgegenzuwirken, die Erwerbslosen in den Produktionsprozess durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm einzuweisen, durch Einführung der 40-Stunden-Woche, Beseitigung des Weberstundenwesens, zwangsweise Umwandlung aller offenen Stellen. Besonders Interesse verdient auch der Antrag der Ortsgruppe Waldenburg in Sachsen. Dieser Antrag fordert:

„Da infolge der großen wirtschaftlichen Krise eine allgemeine große Erwerbslosigkeit besteht und demzufolge die Lebenshaltung des Arbeiters in Verbindung mit der Teuerung der Waren immer schlechter wird, wird beantragt, daß der Parteitag alle Mittel erwidern möge, die Erhaltung, sowie den unbedingt notwendigen Ausbau der Erwerbslosenversicherung und keine Kompromisse, parlamentarische noch außerparlamentarische zu scheuen, um den unermesslichen Forderungen der Reaktion die Spitze zu bieten.“

In diesen Anträgen spiegelt sich der starke Wille der SPD-Arbeiter über die Haltung der SPD-Führerschaft und ihre Politik in der Erwerbslosenversicherung wider. Diese SPD-Arbeiter glauben noch daran, daß die Sozialdemokratische Partei in der Lage sei, wirklich ernsthaft für die Interessen der weitesten Bevölkerung und der Erwerbslosen sich einzusetzen. Wie die Sozialdemokratische Partei den Kampf um die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft aufhält, das sagte Severing auf dem Parteitag der SPD in Dortmund. Er formulierte klar und eindeutig, daß die Sozialpolitik der SPD staats-

erhaltend und staatsbildend sein muß. Damit ist eigentlich alles Notwendige gesagt. Wenn der erwerbslose SPD-Arbeiter und Arbeiter sich vergegenwärtigt, daß dieser kapitalistische Staat alles tut, um die sozialen Rechte der Arbeiter zu beseitigen, und die Sozialversicherungsanstaltungen durch die Drohung aller Zuschüsse dem Bankrott überantwortet, dann ist es ganz klar, daß Sozialpolitik im Interesse der Werktätigen zu gleicher Zeit bedeutet: sozialer Kampf gegen diesen kapitalistischen Staat. Das steht aber im schärfsten Widerspruch zur offiziellen Parteilinie, wie sie von Genetring entwickelt wurde.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in ihren Anträgen zur Arbeitslosenversicherung alle die Forderungen aufgestellt, die jetzt an dem SPD-Parteitag gerichtet werden. In den Anträgen wurde nicht nur verlangt, daß die Verschlechterungen, wie sie die Brüningregierung durch die Notverordnung herbeigeführt hat, wieder aufgehoben werden sollen, sondern auch Anträge, die dem Kufan der Versicherung dienen, gestellt. Die SPD lehnte den Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen und somit Beseitigung der Verschlechterungen ab. Sie lehnte aber zu gleicher Zeit auch ab, daß die Zuschußpflicht des Reiches an die Reichsanstalt wiederhergestellt und angesichts des drohenden Defizits 600 Millionen M. bereitgestellt werden sollen. Diese Forderung war notwendig, um die Arbeitslosenversicherung vor dem drohenden Bankrott zu bewahren und dem Realmonarchen oder Schattierungen die Möglichkeit zu nehmen, unter Berufung auf die schwierige Finanzlage immer neue Abbaumassnahmen in der Versicherung zu fordern. Die kommunistische Reichstagsfraktion forderte weiter die Ausdehnung der Unterhaltungssteuer auf die ganze Erwerbslosigkeit um 30 Wochen, die Beseitigung der Parteigebühren und die Erhöhung der Hauptunterstützung auf 24 bzw. 26 M. pro Woche gegenüber der Zuschüsse für die unterhaltensschwachen Angehörigen. Alle diese Anträge verfielen mit den Stimmen der Sozialdemokraten der Ablehnung oder wurden im Ausschuss befristet. (Fortsetzung Seite 2)

Hochverratsprozeß gegen Gen. Kemmele

2 Jahre 9 Monate Festung beantragt / 100 Prozesse gegen Genossen Schneller

Leipzig, den 21. Mai.

Gestern fand vor dem 4. Straßengericht des Reichsgerichts ein Prozeß gegen Genossen Hermann Kemmele statt. Die Anklage erfolgte wegen 25 Artikeln aus den Jahren 1929 und 1930, wegen einer Rede Kemmeles auf dem 12. Parteitag (!!) der KPD, wegen Hochverrat und Zersetzung von Polizei und Reichswehr. Der Reichsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Festung! Das Urteil soll heute mittag gefällt werden.

Mehr als 100 Strafverfahren wurden gegen Gen. Schneller eingeleitet. Bis jetzt erhielt er insgesamt 21 Monate Kerker. Gestern fand er wegen weiterer Fälle in Berlin vor Gericht.

Er erhielt wegen Angriff auf Schiele eine Geldstrafe von 300 Mark, auf Jürgel 700 Mark, auf Seewering 3 Monate Gefängnis und wegen Gottschäferung 1 Monat Kerker.

Bekanntlich hat der Reichstag mit Zustimmung der SPD die Immunität von KPD-Abgeordneten aufgehoben und Strafgenehmigung erteilt. Nun werden gegen Abgeordnete und führende Genossen der KPD am laufenden Band aufsteigende Klassenprozesse geführt parallel mit der Unternehmensoffensive und dem schändlichen Brüningkurs. Gegenaktion der Volksmassen unter Führung der KPD und der roten Hilfe ist das dringende Gebot der Situation!

Kriegsflotten-Parade vor Hindenburg

Die Volkstzettelung für Panzerkreuzer und Wehrmacht des deutschen Imperialismus

Dem Stapellauf des Panzerkreuzers „Deutschland“ wurde der offene imperialistische Charakter durch die Veranstaltung einer großen Flottenparade vor Hindenburg am Mittwoch gegeben. Die gesamte Flotte zog in kriegerischer Aufmachung an

Hindenburg vorbei, der sich auf dem Panzerkreuzer „Königsberg“ befand. Die ganze Nacht über wurden Kriegsmärsche durchgeführt.

Die Dresdner Volkszeitung ist durch den imperialistischen Panzerkreuzerwettbewerb gezwungen, ihre Nase völlig fallen zu lassen. In ihrem Beitrag vom 20. Mai nimmt sie in einer geradezu heillosen Form Stellung für die imperialistische Aufrüstung Deutschlands. Sie solidarisiert sich ausdrücklich mit dem Beschluß des Magdeburger Parteitages zur Wehrpolitik, indem die SPD sich für die Beibehaltung der Wehrmacht ausspricht. Diese Tatkunde verleiht sie durch eine Geste gegen „militärisch wertlose Rüstungsprojekte“ zu verhalten:

„In der Sozialdemokratischen Partei bestehen über unsere tatsächliche Stellungnahme zur Panzerkreuzerei kaum Meinungsverschiedenheiten. Die Sozialdemokratie bringt zwar in den auf dem Magdeburger Parteitag angenommenen Richtlinien zur Wehrpolitik zum Ausdruck, daß sie sich unter den heutigen Verhältnissen noch nicht für eine völlige Beseitigung der Wehrmacht in der deutschen Republik einsetzen könne, aber wir wollen nicht, daß man dem deutschen Volk für selbst militärisch wertlose Rüstungsprojekte Opfer auferlegt.“

Das Weltkündnis, daß in dieser entscheidenden Frage die gesamte SPD-Führerschaft keinerlei sachliche Meinungsverschiedenheiten kennt, kommt einer Selbstenttarnung der angeblich „rüstungsfeindlichen“ „linken“ Antone gleich. Es ist aber ein unerhörter Betrug an den sozialdemokratischen Arbeitern, wenn die Dresdner Volkszeitung versucht, den Panzerkreuzerwettbewerb als „bedeutungslose Spielerei“ auszugeben. Das Gegenteil ist der Fall! Der neue Panzerkreuzer „Deutschland“ gehört zu den modernsten Kriegsschiffen, die im Laufe der letzten Jahre gebaut wurden. Seine besondere Bedeutung liegt jedoch gerade in seiner Stationierung in der Ostsee, wegen die USSR!

Schlag mit der Panzerkreuzer-Partei! Das muß die Antwort der sozialdemokratischen Arbeiter an den Leipziger Parteitag, der die Linie der Volkszeitung bekräftigt wird, sein. Normales mit der KPD, der einzigen antimperialistischen Partei.

Lohnraub-Diktator Brahn gegen Metalller eingekerkert

Wacht die Betriebe streikfertig! Wählt Kampfausschüsse!

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat den berühmtesten Schlichtungsdiplomat Professor Brahn gegen die sächsischen Metallarbeiter eingekerkert. Brahn ist der Mann, der den Norddeutschen Arbeitern den berühmtesten Lohnraubspruch und gemeinsam mit dem „linken“ SPD-Professor Siegelmeier den Berliner Schandspruch diktierte. Seine Lohnraubtätigkeit gegen die sächsischen Metallarbeiter hat er bereits angenommen.

Die Verhandlungen am Montag sind bekanntlich gescheitert. Die DGB-Bürokratie erklärte, weil ein Lohnabbau für sie nicht in Betracht sei. Das Berliner Tageblatt enthält aber schon die Absicht der Unternehmer, die gefällige Halbierungspraxis anzuwenden, in folgendem Satz:

„Die Pläne der Unternehmer scheinen uns (20 Prozent Lohnraub, Neb. d. Arbeit) so überzogen, daß sie kaum zum Ausgangspunkt eines neuen Tarifabkommens gemacht werden können.“

In der heutigen Betriebsrätenversammlung wird Karl Winter, der Vorsitzende des DGB Sachsen, wieder berichten, daß Stegerwald gegen weiteren Lohnabbau ist, um so die Metallarbeiter zu beruhigen. Das ist die Zusammenarbeit der Reformisten mit den Ausbeutern, um die Metallarbeiter mit einem Schandspruch, der „nicht ganz so schlimm ist“, zu überzumpeln. Diese Tatkunden müssen klarstehend für die Metallarbeiter sein. Küßt in allen Metallbetrieben zum Streik gegen jeden Lohnraub unter Führung der KPD.



Hindenburg begrüßt die Offiziere der „Königsberg“